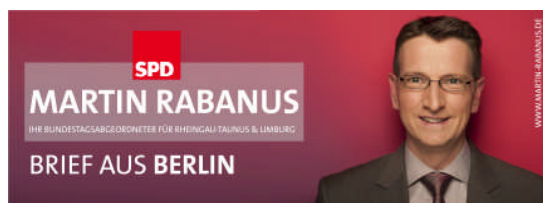


**BRIEF AUS BERLIN – NR. 6/2014****Inhalt**

- + Vorwort
- + Zur Lage in der Ukraine
- + Mindestlohn
- + Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke
- + Freiberufliche Hebammen
- + Rabanus für abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren
- + *Equal-Pay-Day*
- + Apfelweinanstich der Hessischen Landesgruppe
- + Parlamentarischer Abend „Lebenshilfe“
- + Termine im Wahlkreis

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

die letzte Sitzungswoche, im Übrigen die zweite in Folge, stand wieder im Zeichen der Ukraine. Außenminister Steinmeier hat sich während der SPD-Fraktionssitzung zur aktuellen Lage in der Ukraine geäußert. Dort wurde ebenso das Thema Mindestlohn diskutiert, nachdem Arbeitsministerin Andrea Nahles den aktuellen Stand dargelegt hatte. Mehr dazu in diesem Newsletter.



Heftig debattiert wurde diese Woche auch wieder im Plenum: zum Thema Lautzeitverlängerungen für Atomkraftwerke sowie der Lage der freiberuflichen Hebammen bezüglich ihrer Haftpflichtversicherungen, was in den Medien in letzter Zeit immer stärker aufgegriffen wurde.

Für die SPD steht die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren fest – auch ich bin davon überzeugt. Lesen Sie/lest Ihr daher mehr zu meiner Position hierzu. Überzeugt bin ich auch von der Gleichstellung zwischen Männer und Frauen – daher ist es ein Unding, dass Frauen noch immer 22 % weniger verdienen als Männer. So findet jedes Jahr eine Kundgebung zum *Equal Pay Day* statt, an der ich ebenso teilgenommen habe, um hier ein Zeichen zu setzen.

Diese Woche fanden auch eine Reihe sehr interessanter Abendveranstaltungen im politischen Berlin statt, von denen ich gerne berichten möchte: Einmal aus der Sicht der Arbeitsgruppe Bildung und die Bedeutung der Inklusion, welche beim Parlamentarischen Abend der Lebenshilfe im Vordergrund stand, aber auch aus Sicht als hessischer Abgeordneter über den Apfelweinanstich der Landesgruppe Hessen mitten im Herzen von Berlin.

Bei schönstem Frühlingswetter wünsche ich eine spannende Lektüre und ein angenehmes Wochenende. Gerne nehme ich wie immer auch Anregungen zum „Brief aus Berlin“ und meiner Arbeit als Bundestagsabgeordneter entgegen.

Martin Rabanus

Mitglied des Deutschen Bundestags

Ukraine: Sorge vor Eskalation auf der Krim wächst

Frank-Walter Steinmeier: „Spitze der Zuspitzung muss gebrochen werden.“

Am Dienstag berichtete unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier in der Fraktion über die dramatischen Entwicklungen in der Ukraine und auf der Krim: „Es ist der größte und risikoreichste Konflikt seit 25 Jahren in Europa“, so Steinmeier. Alle seien jetzt gefordert, wieder in einen politischen Prozess zu finden, um eine weitere Eskalation zu vermeiden.

Europa und die USA müssten klare Botschaften an beide Seiten senden, so der Außenminister weiter. An Russland gewandt meinte er: Man verstehe zwar die Interessen, aber es könne nicht sein, dass Grenzen einseitig korrigiert und Länder „einverleibt“ würden. An die Ukraine gerichtet, sagte Steinmeier: „Sie müssen eine Regierung stellen, die auch funktioniert, dafür wird eine Verfassungsreform benötigt. Sie müssen für Minderheitenschutz sorgen, gegen Korruption vorgehen und endlich die rechten Extremisten entmachten.“

Sanktionen gegenüber Moskau seien wichtig, im Hinblick auf eine weitere Eskalation dürfe es aber keinen Überbietungswettbewerb geben. Bei dem Treffen der EU-Außenminister am Montag in Brüssel hat Frank-Walter Steinmeier die Entsendung einer Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in die Ost- und Südukraine angeregt. Dies sei wichtig, um eine weitere Eskalation, die zur Spaltung Europas führen könne, zu verhindern. Die OSZE-Beobachter sollten genau prüfen, ob der territoriale „Hunger“ von Russland nicht weiter gehe. Die Beobachter-Mission wird derzeit mit Russland und der Ukraine verhandelt. Wenn Putins Beteuerung wahr ist, dass Moskau keinen Anspruch auf weitere ukrainische Gebiete erhebt, dann hätten die OSZE-Beobachter die Möglichkeit, das zu beweisen.



Flächendeckender Mindestlohn kommt!

In der Fraktionssitzung der SPD am Dienstag berichtete unsere Arbeitsministerin Andrea Nahles über den aktuellen Stand zum Mindestlohn.

Martin Rabanus, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 77 104

Fax: 030 - 227 76 105

Kleiststraße 10

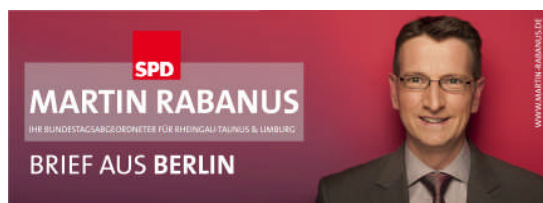
65232 Taunusstein

Tel.: 0 61 28 - 24 67 11

Fax: 0 61 28 - 24 67 20

martin.rabanus@bundestag.de

www.martin-rabanus.de



Der Gesetzentwurf geht jetzt in die Ressort-Abstimmung und soll im Juni 2014 in 1. Lesung im Bundestag beraten werden. Geneigte Zeitungsleserinnen und -leser können ja derzeit verfolgen, dass wieder alle „Windmaschinen“ von Unternehmen und Verbänden angeworfen werden und wieder einmal präventiv eine ideologische Debatte gegen den Mindestlohn angezettelt wird. Dies hilft denen, die diese Debatte befeuern, jedoch nicht! Dank der SPD wird es einen flächendeckenden Mindestlohn geben – da bleiben wir knallhart!

Andrea berichtete von Gesprächen mit den 14 Branchen, die Ausnahmen bei den Regelungen zum Mindestlohn wollten. Es sei doch schon merkwürdig, so Nahles, dass über die „armen“ Branchen fabuliert würde, denn uns wären schließlich die Menschen wichtiger, die für Hungerlöhne arbeiten müssten. Für alle Branchen gäbe es mit etwas gutem Willen Lösungen und viele seien dazu auch bereit. Lediglich die Zeitungsverleger verweigerten sich komplett, ihren Austrägern Mindestlöhne zu zahlen. Im Osten würden die Austräger teilweise mit 4 Euro abgespeist. Es wird aber auch für die Zeitungsverleger keine Ausnahmen geben. Wer keine ordentlichen Löhne zahlen kann, hat auch kein nachhaltiges Geschäftsmodell. Für ehrenamtlich Tätige wird der Mindestlohn nicht gelten und zudem ist eine Altersgrenze ab 18 Jahren geplant.

Laufzeitverlängerungen: Nicht mit uns, Herr Ramsauer!

Ex-Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer wollte anscheinend etwas mediales Gehör finden, als er verlauten ließ, er halte einen späteren Atomausstieg angesichts steigender Energiekosten für möglich. Herr Ramsauer, Bund und Länder haben nach der Atom-Katastrophe von Fukushima 2011 in einem breiten gesellschaftlichen Konsens vereinbart, dass der letzte Meiler spätestens 2022 endgültig vom Netz geht!

Es ist schlicht und einfach CSU-Populismus, den der jetzige Vorsitzende des Wirtschafts- und Energieausschusses Peter Ramsauer hier betreibt. Das ist instinktlos! Die Menschen zu verunsichern mit höheren Energiepreisen und einer Rückkehr zur Atomkraft ist der Sachlage nicht angemessen! Unser Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel gestaltet gemeinsam mit seinen Kabinetts-Kolleginnen und Kollegen die Energiewende für Deutschland. Die CSU wird es nicht schaffen, den

Atomkonzernen zu einer Renaissance zu verhelfen. Und auch Ramsauers Parteifreund und Vorsitzender Horst Seehofer wird sich dem Ausbau von Stromtrassen auch im Süden Deutschlands nicht verweigern können. Das ist regionale, interessengeleitete Politik gegen die Energiewende, die wir als Koalitionäre nicht gutheißen können! Wir arbeiten an einer Energiewende für alle Menschen. Selbstverständlich wird die Energiewende nicht über Nacht gelingen und muss die Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso mitnehmen, wie die Industrie.

Wir werden Euch auf dem Laufenden halten, wie es weitergeht mit Ökostrom- Umlage und EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz). Sicher ist jedoch: Mit uns wird es keine Laufzeitverlängerungen geben! Im Gegenteil, Herr Ramsauer, wir gestalten die ökologische Energiewende und werden sie gemeinsam zu einem Erfolg für unser Land bringen, von dem alle Menschen und Firmen in Deutschland profitieren – übrigens auch in Bayern!

Zur Lage freiberuflicher Hebammen



Die Bedeutung der freiberuflichen Hebammen

Gemäß § 4 des Hebammengesetzes leiten Hebammen - abgesehen von Notfällen - eine Geburt. Ärztinnen und Ärzte sind sogar verpflichtet, bei einer Entbindung eine Hebamme oder einen Entbindungspfleger hinzuzuziehen.

Vor allem im ländlichen Raum sind freiberufliche Hebammen als Beleghebammen in den Kliniken ein Eckpfeiler in der Geburtshilfe. Auf sie kann unser Gesundheitssystem nicht verzichten. Freiberufliche Hebammen sind für alle werdenden Mütter ein unverzichtbarer Bestandteil der Versorgung. Für Schwangere und junge Mütter stellt die Hebamme vor und nach der Geburt oft eine enge und wichtige Ansprechpartnerin dar. Deshalb muss die Vergütung von Hebammenleistungen so gestaltet sein, dass freiberuflich tätige Hebammen von ihrem anspruchsvollen und wichtigen Beruf gut und angemessen leben können. Eine mögliche Gefährdung dieses Berufsstandes ist nicht im Interesse der Frauen und auch nicht im Interesse der Politik.

Martin Rabanus, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 77 104

Fax: 030 - 227 76 105

Kleiststraße 10

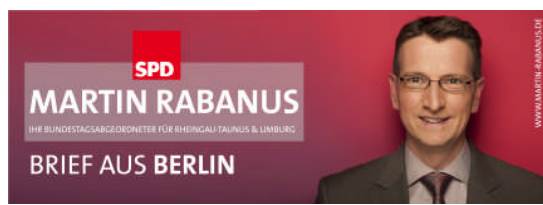
65232 Taunusstein

Tel.: 0 61 28 - 24 67 11

Fax: 0 61 28 - 24 67 20

martin.rabanus@bundestag.de

www.martin-rabanus.de



Die Gefährdung der Hebammentätigkeit könnte zu einer Beeinträchtigung der freien Wahl der Geburt und der Geburtsvor- und -nachsorge führen. Wir sind der Auffassung, dass diese Wahlfreiheit einer werdenden Mutter unbedingt respektiert werden muss!

Warum steigt die Haftpflichtversicherung existenzbedrohend an?

Wir wollen, dass eine flächendeckende Versorgung mit Geburtshilfe sichergestellt bleibt. Wir nehmen die Sorgen der Hebammen ernst und setzen uns für eine angemessene Vergütung ein.

Nach Aussage der Versicherer stellt sich die Situation wie folgt dar: Es gibt zwar nicht mehr Geburtsschäden als früher. Die Kosten für Geburtsschäden infolge von Behandlungsfehlern sind aber in den vergangenen Jahren massiv gestiegen.

Der Grund für die erheblichen Steigerungen der Kosten für Geburtsschäden liegt zum einen in erheblichen Pflege- und Therapiekosten. Diese nehmen aufgrund der zunehmenden Lebenserwartung auch schwerstgeschädigter Menschen dank des medizinischen Fortschrittes zu. Zum anderen sind die Schadensersatzforderungen in Form von Schmerzensgeld und in Bezug auf entgangenes Erwerbseinkommen gestiegen.

Die Regressforderungen der Krankenkassen machen zudem etwa 25 % der Versicherungsleistungen aus. Dies führt zu Versicherungsbeiträgen, die im Vergleich zum Einkommen der Hebammen sehr hoch sind. Unterläuft bei einer Geburt ein Fehler und das Kind ist schwer geschädigt, leistet der Versicherer im Durchschnitt heute 2,6 Millionen Euro. Deshalb zog sich jetzt auch die Nürnberger Versicherung aus dem Markt zurück.

Bei den freiberuflichen Hebammen ist die Zahl der Schäden vergleichsweise klein, weiß der GDV (Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.) zu berichten. Allerdings sind diese Schäden zum Teil sehr hoch. Von etwa jährlich 100 gemeldeten Schadensfällen, sind 10 bis 20 Großschäden zu verzeichnen. Diese machen rund 90 % des Gesamtschadensaufwands der Berufshaftpflichtversicherer aus.



Was tun wir?

In der letzten Sitzungswoche hat der Gesundheitsausschuss unter Leitung von Edgar Franke einen Bericht des Gesundheitsministeriums zur aktuellen Situation der Hebammen eingefordert und diesen diskutiert.

Der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe wird mit den Hebammenverbänden abgestimmt werden und soll noch im ersten Quartal 2014 vorgelegt werden. Da im Rahmen der Arbeitsgruppe insbesondere auch die Vorschläge der Hebammen zu einer möglichen Umgestaltung der Kosten der Berufshaftpflichtprämien besprochen wurden und neben der Kostenproblematik versicherungsrechtliche Fragen eine Rolle spielen, werden wir die Vorlage des Berichtes abwarten. Auf dieser Grundlage arbeiten wir dann mit allen Beteiligten an einer tragfähigen Lösung. Wenn keine Lösung mit den Versicherungsunternehmen möglich sein sollte, muss ein Haftpflichtfonds ernsthaft in Erwägung gezogen werden.

Meine Position zur abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren



Mit Verwunderung habe ich diese Woche auf die Äußerungen meines CDU-Wahlkreiskollegen Klaus-Peter-Willsch reagiert.

Willsch hatte in der BILD-Zeitung angekündigt, im Deutschen Bundestag gegen die im Koalitionsvertrag vereinbarte abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren zu stimmen.

Hintergrund ist die Rentenreform von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD). Durch diese Reform sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach 45 Beitragsjahren ab dem 63. Lebensjahr abschlagsfrei in Rente gehen können. Zeiten der Arbeitslosigkeit, sofern sie dem Arbeitslosengeld I unterliegen, werden dabei angerechnet.

Martin Rabanus, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 77 104

Fax: 030 - 227 76 105

Kleiststraße 10

65232 Taunusstein

Tel.: 0 61 28 - 24 67 11

Fax: 0 61 28 - 24 67 20

martin.rabanus@bundestag.de

www.martin-rabanus.de



Ich bin der Meinung: Von der abschlagsfreien Rente profitieren all diejenigen, die früh in ihren Beruf eingestiegen sind. Insbesondere geht es doch um Menschen, die handwerkliche oder andere körperlich belastende Berufe hatten. Ein früherer Renteneinstieg mit 63 nach einem harten Berufsleben ist für die SPD und für mich eine Frage der Gerechtigkeit. Anders als in vielen Medienberichten dargestellt sei die Reform kein Rentengeschenk. Die Männer und Frauen, die 45 Jahre lang in unser Rentensystem eingezahlt haben, haben sich die Rente mit 63 verdient und sind keine „Frührentner“ so wie sie Herr Willsch bezeichnet hat.

An dieser Stelle möchte ich nochmal mein Versprechen betonen, dass ich im Deutschen Bundestag das umsetze, was ich vor der Wahl versprochen habe: Das gilt für die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren, das gilt für den gesetzlichen Mindestlohn und für viele andere Dinge. Darauf haben die Bürgerinnen und Bürger, die mich gewählt haben, einen Anspruch.

Abschließend stelle ich am Beispiel der Rentenreform und der Ablehnung durch Willsch auch mal wieder fest, dass es in politischer Hinsicht für die Bürger und Bürgerinnen meines Wahlkreises immer mehrere Alternativen gibt – aber eben nur eine, die für soziale Gerechtigkeit steht.

Hintergrund:

Link zu den Äußerungen von Klaus-Peter Willsch:

<http://www.bild.de/politik/inland/andrea-nahles/verteidigt-rentenplaene-gegen-unions-kritik-35127210.bild.html>

Equal Pay Day: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“

Erst im letzten Newsletter habe ich von dem Frauentagsempfang der SPD-Fraktion im Bundestag berichtet. Dort wurde deutlich, dass es höchste Zeit für eine wirkliche Gleichstellung zwischen Männern und Frauen ist. Die Gleichstellung muss sich aber auch in der Entlohnung widerspiegeln.

Heute am 21. März 2014 ist Equal Pay Day – ein Tag großer Symbolik: Frauen müssten bis zu diesem Tag arbeiten, um das Vorjahresgehalt der Männer zu erzielen.

Martin Rabanus, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 77 104

Fax: 030 - 227 76 105

Kleiststraße 10

65232 Taunusstein

Tel.: 0 61 28 - 24 67 11

Fax: 0 61 28 - 24 67 20

martin.rabanus@bundestag.de

www.martin-rabanus.de

Den Equal Pay Day kann ich als überzeugter Genosse nur unterstützen, denn die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Deutschland sind noch immer erschreckend: Frauen verdienen hierzulande durchschnittlich 22 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Über ihren gesamten Lebensverlauf haben Frauen durchschnittlich ein um über die Hälfte niedrigeres Einkommen als gleichaltrige Männer. Damit liegt Deutschland im EU-Vergleich auf einem der letzten Plätze. Was abstrakt klingt, betrifft aber ganz konkret Menschen – auch Menschen in meinem Wahlkreis.

Die traurige Tatsache ist: Von alleine ändert sich gar nichts – der Wert ist seit Jahren gleich. Es ist höchste Zeit für ein Gesetz gegen Lohndiskriminierung. Dieses Gesetz muss Transparenz über den Lohn im Betrieb und in Tarifverträgen herstellen. Und es muss durch verbindliche Verfahren sicherstellen, dass Lohnungleichheit beseitigt wird. Dafür möchte ich mich engagieren.

Dank guter Koalitionsverhandlungen durch Familienministerin Manuela Schwesig wird die SPD in der Bundesregierung nun Maßnahmen zum Abbau der Entgeltungleichheit zwischen den Geschlechtern ergreifen. Dazu zählen unter anderem ein Entgeltgleichheitsgesetz, der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn, eine Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten, die Auflösung stereotypischer "Männer- und Frauenberufe" oder der entschlossene Ausbau guter Kinderbetreuung.

An dieser Stelle empfehle ich klar eine Doppelstrategie: Männer und Frauen brauchen dieselben Rahmenbedingungen im Arbeitsleben, so dass Frauen sich ihrem beruflichen Fortkommen widmen können. So können die strukturellen Ursachen der Lohnlücke ausgeschaltet werden. Unser Ziel muss sein: Wer das Gleiche arbeitet, muss auch am Ende des Monats das Gleiche in der Tasche haben!



Apfelweinanstich der Hessischen SPD mitten in Berlin



Thorsten-Schäfer Gumbel mit seiner Frau (ganz links); Sven Gerich, Oberbürgermeister von Wiesbaden; Martin Rabanus, MdB; Sascha Raabe, MdB; Thomas Oppermann, SPD-Fraktionsvorsitzender; Nancy Faeser, Generalsekretärin der Hessen SPD; Uli Gottschalk, MdB

Bereits zum 5. Mal luden die SPD-Hessen und die hessische SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag zum Apfelweinanstich in die Hessische Landesvertretung in den Ministergärten. Bei Grieß, Ahle Worscht, Handkäs´ und dem "Stöffche" konnte die hessische SPD, prominent vertreten durch den Landes- und Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gumbel und die Generalsekretärin Nancy Faeser, neben dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann, der neuen SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi, Staatsminister Michael Roth und Staatssekretärin Brigitte Zypries auch zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, Mitstreiterinnen und Mitstreitern sowie Gäste aus Politik, Wirtschaft und Medien begrüßen.

Und der Apfelwein, um den sich der schon traditionelle Empfang im Berliner Politikbetrieb drehte, gehört selbstverständlich auch dazu. Ein gutes Stück Hessen eben: echt, naturrein, regionaltypisch. Aufgelockert wurde der Abend durch den Auftritt des Frankfurter Travedy-Star Bäppi la Belle, die unter den Gästen für gute Unterhaltung bis in die späten Abendstunden sorgte.



Parlamentarischer Abend der Lebenshilfe

Bei dem Parlamentarischen Abend der Lebenshilfe am Dienstag, den 18. März haben mehr als 150 Politiker, darunter viele Minister und Staatssekretäre, und Menschen mit Behinderung gemeinsam über das geplante Bundesteilhabegesetz diskutiert. Unter den geladenen Gästen waren Familienministerin Manuela Schwesig (SPD), Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU/CSU), Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD), SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann sowie die neue Bundesbehindertenbeauftragte Verena Bentele.

Die Bundesvereinigung Lebenshilfe fordert, dass ihre unabhängige Beratung keine freiwillige Leistung in einzelnen Regionen bleibt, sondern bundesweit über das neue Bundesteilhabegesetz finanziert werden soll. In ihren Eingangsworten betonte die Bundesvorsitzende der Lebenshilfe, Ulla Schmidt, die hohe Bedeutung des Bundesteilhabegesetzes: „Soziale Teilhabe ist ein Menschenrecht. Wir dürfen das nicht unter Finanzierungsvorbehalt stellen.“ In der anschließenden Diskussion bekamen die Forderungen der Lebenshilfe viel Unterstützung.

Mit dem Unterzeichnen der UN-Behindertenrechtskonvention und dessen Inkrafttreten vor fünf Jahren ist Deutschland unter anderem die Verpflichtung eingegangen, inklusive Bildung stärker zu fördern. Seitdem wurden zwar einige Fortschritte erzielt, im Vergleich zu skandinavischen Ländern hinkt Deutschland aber weiterhin hinterher. Von den fast 500.000 Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf geht knapp ein Viertel auf eine Regelschule. Dieser Anteil muss in Zukunft ausgebaut werden. Laut einer aktuellen Studie der Monitoring-Stelle zur UN-Menschenrechtskonvention gibt es noch in keinem Bundesland einen vollständig entwickelten Rahmen zum Aufbau und Unterhaltung eines inklusiven Bildungssystems. Inklusive Bildung ist nicht nur auf Kinder mit Behinderungen beschränkt; von ihr können alle profitieren. Ziel der SPD ist, ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem für alle zu schaffen, in dem jedes Kind individuell mit seinen Stärken und Schwächen gefördert wird.

Martin Rabanus, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 77 104
Fax: 030 - 227 76 105

Kleiststraße 10
65232 Taunusstein
Tel.: 0 61 28 - 24 67 11
Fax: 0 61 28 - 24 67 20

martin.rabanus@bundestag.de
www.martin-rabanus.de

Termine

- 24. März, 16.00 Uhr:
Gespräch mit Timon Gremmels, Stephan Grüger (SPD-Landtagsfraktion) bei HSE AG in Darmstadt
- 26. März, 11.00 Uhr:
Gespräch mit Hans-Jürgen Sommer, Schulleitung Berufsschulen Untertaunus
- 26. März, 16 Uhr: Ausschuss für Bildung und Schule, Kreishaus, Bad Schwalbach
- 26. März, 18.30 Uhr:
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) der SPD Hessen-Süd, SPD-Parteihaus in Frankfurt
- 27. März, 10.00 Uhr:
Gespräch mit Gewerkschaftsvertretern zum Thema Mindestlohn, Wahlkreisbüro in Taunusstein
- 27. März, 16.00-18.30 Uhr:
Bürgersprechstunde im Hotel Ruthmann in Oestrich-Winkel (Rheingastr. 109) von 16:00-17:15 Uhr, anschließend (ab 17:30 Uhr) Informationsstand REWE-Winkel (Hauptstr. 103 A)
- 27. März 2014, 20.00 Uhr:
"Klartext"-Veranstaltung der Jusos Hofheim zum Thema Bildung & Inklusion im Bürgerhaus Marxheim in Hofheim-Marxheim
- 28. März, 10.00 Uhr:
Gespräch mit Frau Berbuir, Geschäftsführung Arbeitsagentur Wiesbaden in Limburg
- 28. März 2014, 11.30 Uhr:
Pressegespräch mit Herrn Heidersdorf, NNP im Redaktionsbüro der NNP in Limburg
- 28. März 2014, 17.00 Uhr: Gespräch mit BI Brechen bzgl. Ortsumgehung in Brechen
- 28. März 2014, 19.30 Uhr: *„Abend ohne Politik“ der SPD Bad Camberg im Bürgerhaus in Bad Camberg-Würges*

Hinweis +++ Termine in kursiv sind öffentlich und Interessierte sind herzlich willkommen!